

Stefan Schoppengerd*

Arbeit und sozial-ökologische Transformation

Eine kritische Rekonstruktion der Environmental Labour Studies

Zusammenfassung: Der Beitrag rekonstruiert die Perspektive der Environmental Labour Studies als dreifache Erweiterung des Arbeitsbegriffs: Subsistenzarbeit, Reproduktionsarbeit, Subjektverständnis. Beim Rückbezug auf Transformationskonflikte in der Industrie legt jede dieser drei Dimensionen bestimmte praktische Ansatzpunkte nahe (Externalisierungskritik, Arbeitszeitverkürzung, Gebrauchswertorientierung), die auf praktische Herausforderungen linker Transformationsstrategien verweisen. Zur Schärfung des analytischen Potenzials plädiert der Beitrag für eine Verknüpfung von Environmental Labour Studies mit der subjektorientierten Arbeits- und Industriesoziologie.

Schlagwörter: Lohnarbeit, Arbeitsbegriff, sozial-ökologische Transformation, Environmental Labour Studies

Labour and Socio-Ecological Transformation

A Critical Reconstruction of the Environmental Labour Studies

Abstract: The article reconstructs the perspective of Environmental Labour Studies as a threefold extension of the concept of labor: subsistence labor, reproduction labor, subjectivity. When referring back to conflicts over transformation pathways in manufacturing industries, each of these three dimensions suggests certain practical starting points (critique of externalization, reduction of working hours, use-value-orientation), which point to practical challenges of left transformation strategies. To sharpen the analytical potential, the article argues for a linkage of environmental labor studies with subject-oriented sociology of labor and industry.

Keywords: Wage Labour, Concept of Labour, Socio-Ecological Transformation, Environmental Labour Studies

* **Stefan Schoppengerd** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) und Koordinator des Graduiertenkollegs »Krise und sozial-ökologische Transformation« (HWR Berlin/Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Der folgende Beitrag schließt an Diskussionen über mögliche Verschränkungen umwelt- und klassenpolitischer Anliegen an (z.B. Lucht/Liebig 2023; Kaiser 2023). Er thematisiert entsprechende Möglichkeiten und Hindernisse nicht vorrangig auf der Ebene der politischen Bündnisbildung von Umwelt- und Klimabewegung, sondern nimmt konzeptionelle Überlegungen zum Verhältnis von Arbeit und Ökologie aus Diskussionen der Environmental Labour Studies auf und bezieht sie auf industrielle Transformationskonflikte.

Für den industriellen Bereich in Deutschland besteht ein Konsens über die Notwendigkeit von Transformation: Unternehmensverbände wie Industriegewerkschaften haben davon Abstand genommen, den Umbau zu blockieren, und vertreten in vielen Punkten deckungsgleiche Forderungen gegenüber dem Staat, um betriebliche Veränderungsprozesse zu flankieren und abzusichern (Lehndorff 2022: 28). Im Kern setzt diese Transformationsagenda auf technologische Modernisierung nach ökologischen Maßgaben, um Profitabilität und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und, davon abhängig, auch Industriearbeitsplätze zu sichern. Die Art und Weise, wie die Industrieakteure den Transformationsbegriff verwenden, unterscheidet sich deutlich von Begriffsverwendungen, die nicht auf Stabilisierung durch Modernisierung, sondern auf die Veränderung sozialer Verhältnisse zielen (vgl. Graf u.a. 2023: 8f.).

Welchen Aufschluss über emanzipatorische Handlungsansätze in dieser Gemengelage geben nun die *Environmental Labour Studies* (im Folgenden: ELS)? Rätzel, Stevis und Uzzell (2021) bündeln in ihrem *Handbook of Environmental Labour Studies* verschiedene Ansätze der Theoretisierung von Naturverhältnissen, der Industriesoziologie, der Forschung zu sozialen Bewegungen und zu Gewerkschaften zu einem Forschungsfeld, dessen Aufgabe darin bestehe, »kritische Analysen davon zu leisten, wie Produktion im weitesten Sinne Umwelten herstellt und zerstört, und wie sich arbeitende Menschen zu diesen Prozessen verhalten können, um Lösungen für einige der drängendsten Krisen zu finden und zur Durchsetzung zu verhelfen, denen der Planet gegenübersteht.« (Ebd.: 18, Übers. St.S.) Dass hier von »Produktion im weitesten Sinne« die Rede ist, verweist bereits darauf, den Begriff von produktiver Arbeit nicht auf die industrielle Güterherstellung zu beschränken; auch die Wendung »arbeitende Menschen« ist in diesem Sinne programmatisch und soll neben Lohnabhängigen im kapitalistischen Betrieb jene Personen umfassen, die in informeller Arbeit, Subsistenzwirtschaft und unbezahlter Hausarbeit an der arbeitsteiligen Reproduktion der Gesellschaft beteiligt sind. Dass derart weit gefasste »Produktion [...] Umwelten herstellt und zerstört«, ruft eine Tradition der Theoretisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse auf, in der die Beziehung des Sozialen und des Natürlichen nicht als Gegensatz, sondern als dialektisch vermitteltes Verhältnis betrachtet wird.

Ist eine derart weit gefasste Perspektive hilfreich, wenn das forschende und politische Interesse den laufenden Transformationskonflikten in industriellen Kontexten gilt? Der Beitrag argumentiert, dass das weite Verständnis von arbeitsvermittelten Naturverhältnissen nicht bloß verlangt, die kritische Analyse der Modernisierung industrieller Herrschaftsbeziehungen um die Analyse weiterer Bereiche und Formen von Arbeit zu ergänzen, es wirkt auch auf die Art und Weise zurück, wie Transformationsprozesse innerhalb der industriekapitalistischen Akkumulationsprozesse betrachtet und politische Interventionsmöglichkeiten bestimmt werden. Um das zu verdeutlichen, rekonstruiere ich die Perspektive der ELS im Folgenden als eine konzeptionelle Erweiterung des Arbeitsbegriffs (1), und zwar in drei Dimensionen: Subsistenzwirtschaft (2), Reproduktionsarbeit (3) und Subjektverständnis (4). Jede dieser drei Dimensionen hat wiederum bestimmte Implikationen für analytische Perspektiven und politische Strategien in industriellen Transformationskonflikten, die sich unter den Schlagworten fassen lassen: Externalisierungskritik, Arbeitszeit und arbeitsinhaltliche Ansprüche. Da die dritte Dimension der subjektiven arbeitsinhaltlichen Ansprüche in den untersuchten Texten zwar angelegt, aber nicht zufriedenstellend ausgearbeitet ist, liegt das Augenmerk am Ende dieses Beitrags darauf, das Potenzial einer Verknüpfung der ELS mit Befunden der subjektorientierten Arbeits- und Industriesoziologie zu verdeutlichen und auf dieser Grundlage empirisch wie politisch offene Fragen herauszuarbeiten (5).

1. Arbeit und Ökologie: Der Arbeitsbegriff der Environmental Labour Studies

Das Ansinnen der ELS, die ökologische Krise und mögliche Auswege daraus über die Bedeutung und die sozialen Organisationsformen von Arbeit zu erschließen, birgt bereits eine zentrale politische Pointe dieser Herangehensweise. Das Ringen um eine nachhaltige Produktionsweise wird systematisch verbunden mit dem Protest- und Verweigerungsrepertoire der Arbeiter*innenbewegung, das in der kapitalistischen Herrschaft über Arbeit angelegt ist. Während es in der kritischen Diskussion als Common Sense gelten kann, dass die Ausbeutung von Menschen und Natur gleichermaßen im prinzipiell unersättlichen kapitalistischen Verwertungsstreben wurzelt, wird hier unterstrichen, dass auch Zweiteres, der Zugriff auf natürliche Ressourcen, stets über Arbeit vermittelt ist. Mit Blick auf emanzipatorische Handlungsmöglichkeiten treten die gesellschaftlichen Individuen damit nicht bloß als kritische Öffentlichkeit oder als aufgeklärte Konsument*innen ins Blickfeld, sondern als Subjekte arbeitsteiliger gesellschaftlicher Reprodukti-

on (vgl. Hürtgen 2020). Der alltagspraktische Vollzug einer imperialen Produktions- und Lebensweise wird so maßgeblich in der sozialen Organisation von Arbeit verortet (vgl. Brand/Wissen 2021).

In ihrer Diskussion verschiedener Konzepte von Mensch-Umwelt-Beziehungen hebt Nora Räthzel (2021: 803ff.) das marxssche Verständnis von Arbeit als »Stoffwechsel mit der Natur« hervor, das er als unabänderliches Erfordernis für das menschliche Überleben betrachte: »Unabhängig von den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, in denen Arbeit zu verschiedenen Zeiten, an verschiedenen Orten und innerhalb verschiedener Macht- und Herrschaftsbeziehungen stattfindet, wird Arbeit immer ein Prozess sein, in dem Menschen Natur transformieren, um ihre Überlebensbedürfnisse zu sichern.« (Ebd., Übers. St.S.) Derart allgemein gefasst beinhaltet der Begriff des arbeitsvermittelten gesellschaftlichen Stoffwechsels zum Beispiel den einfachen Griff nach reifen Früchten ebenso wie etwa die Errichtung und den Betrieb einer Müllverbrennungsanlage.

Für das Verständnis von Arbeit im kapitalistischen Industriebetrieb müssen die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse in Rechnung gestellt werden, die dieser Variante des gesellschaftlichen Stoffwechsels ihre Form und Dynamik verleihen: In kapitalistischen Verhältnissen hat Arbeit den doppelten Zweck, gleichzeitig konkreten Gebrauchswert und abstrakten Tauschwert produzieren zu müssen. Der Arbeitsprozess im kapitalistischen Unternehmen stellt sich so dar als arbeitsteilig organisierte Aneignung, Bearbeitung und Umgestaltung von Natur und von natürlichen Ressourcen zur Herstellung nützlicher Dinge und Dienstleistungen, deren übergeordneter Zweck aber die Realisierung ihres Tauschwertes zur Mehrung des eingesetzten Kapitals ist. Die Nützlichkeit der Arbeitsprodukte ist bloßes Vehikel des Tauschwertes. »Die Klassendimension der kapitalistischen Produktionsweise besteht in anderen Worten darin, dass Arbeits- und Produktionsprozesse inhaltlich und sozial der rein quantitativen, abstrakten Ausrichtung auf Wert- beziehungsweise Profitsteigerung folgen müssen, also einem Parameter, der in Form von Geld strukturell gleichgültig ist gegenüber seinen eigenen stofflich-natürlichen und sozialen Grundlagen und Voraussetzungen.« (Hürtgen 2020: 175)

Bevor ich unter 4. das emanzipatorische Potenzial betrachte, das in diesem Spannungsverhältnis zwischen gebrauchswert- und tauschwertproduzierender Arbeit angelegt ist, folge ich zunächst der Erweiterung des Arbeitsbegriffs über diesen Rahmen industrieller Mehrwertproduktion hinaus. Das betrifft erstens die Einbeziehung subsistenzorientierter Produktionsweisen, die in der globalen Perspektive der ELS der Tatsache Rechnung trägt, dass die Produktion lebensnotwendiger Güter im Stoffwechsel mit der Natur für einen großen Teil der Weltbevölkerung nicht (primär) in Form von Lohnarbeit

stattfindet. Zweitens, und eng damit verwandt, betrifft es die Verschränkung von Lohnarbeit mit nicht entlohten Sorgetätigkeiten. Beides führt zwar gedanklich wieder aus den kapitalistischen Betrieben im frühindustrialisierten Teil der Welt hinaus; sowohl die Subsistenz- als auch die Sorgeperspektive bergen aber Herausforderungen für linke Transformationsstrategien, die ich am Ende jedes Abschnitts diskutiere. Beides zusammen führt zu einer dritten Weitung des Arbeitsbegriffs auf die Subjektivität der Arbeitenden.

2. Über den Tellerrand: Subsistenzarbeit

Die ELS nehmen für sich in Anspruch, gesellschaftliche Naturverhältnisse und ökologische Krise als *globale* Probleme in arbeitszentrierter Perspektive zu untersuchen. Schon aus quantitativen Gründen verbietet es sich dabei, die Arbeit der Gegenwart nur in ihrer Form als Lohnarbeit zu betrachten. Die alltägliche Reproduktion eines großen Teils der Weltbevölkerung vollzieht sich über Subsistenzpraktiken zum Beispiel in Landwirtschaft und Fischfang oder über Arbeit in informellen Sektoren (oder über Mischformen). Zu den Arbeiter*innen, deren Praxis den globalen gesellschaftlichen Stoffwechsel in Gang hält, zählen also neben jenen, die ihre Arbeitskraft im Rahmen eines Arbeitsvertrags verkaufen, etwa auch Tagelöhner*innen, prekäre selbstständige Gewerbetreibende und Kleinbäuer*innen beziehungsweise Fischer*innen (vgl. Graf 2022: 258). Räthzel zufolge könnte die allgemeine Feststellung, dass beispielsweise Metallarbeiter*innen und Kleinbäuer*innen im Arbeitsvollzug Natur aneignen und gestalten, über große Distanzen und differierende Lebensrealitäten hinweg auch einen hilfreichen Dialog zwischen Forschungen zu Fragen der Umweltgerechtigkeit im globalen Süden und zu gewerkschaftlichen Umweltpolitiken im globalen Norden begründen (Räthzel 2021: 804). Der utopische Horizont dieses Unterfangens ist die Aufhebung der Trennung zwischen verarbeitenden und extraktiven Industrien (Graf 2022: 260), eine politische Zusammenführung unterschiedlicher Lebens- und Konflikterfahrungen, also die praktische Beantwortung der Frage: »Welche neuen Formen des Widerstands wären möglich, wenn Arbeiter*innen aus allen Weltregionen und allen Produktionsbereichen sich als Verbündete betrachten könnten – verbündet untereinander und mit der Natur?« (Räthzel 2021: 812, Übers. St.S.)

Die Hindernisse auf diesem Weg sind groß. Die allgemein bestimmte Gemeinsamkeit, arbeitend an der Gestaltung und Aneignung von Natur beteiligt zu sein, ergibt nicht unmittelbar tragfähige politische Allianzen oder konvergierende soziale und politische Interessen. Auch wenn unterschiedliche Gruppen für sich beanspruchen, im Namen von Arbeiter*innen zu sprechen, können ihre Anliegen zunächst unvereinbar sein (Satheesh 2021). Es gibt zahl-

reiche Beispiele dafür, wie etwa die Expansion bestimmter Industriezweige oder der extraktivistischen Rohstoffgewinnung den Interessen von bäuerlichen und/oder indigenen Gemeinschaften zuwiderläuft. Häufige Konfliktthemen sind dabei Fragen von Landnutzung oder von Schadstoffemissionen. Das Interesse an der Bewahrung oder an der Neuschaffung von Arbeitsplätzen steht in diesen Fällen einem »environmentalism of the poor« (Martinez-Alier 2014) entgegen, für den der Schutz der natürlichen Umwelt unmittelbar zusammenfällt mit der Verteidigung der eigenen Reproduktionsbedingungen.

Gruppenübergreifende Bündnisse für Umweltschutz sind dann naheliegender, wenn die fraglichen ökologischen Probleme mit Gesundheitsgefährdungen einhergehen, die nicht nur die lokale Bevölkerung im Allgemeinen, sondern auch die (Familien der) Arbeiter*innen in der verursachenden Industrie selbst betreffen (z.B. Kojola 2021: 371; Barca/Leonardi 2018). Das setzt aber räumliche Nähe voraus, die im Fall von industrieller Produktion im globalen Norden, die Rohstoffe und Vorprodukte über den Weltmarkt bezieht und verarbeitet, gerade nicht besteht (Wissen 2020: 448). So ist die deutsche Industrie einschließlich der hegemonialen Transformationsstrategien über internationale Lieferketten mit den angesprochenen Konflikten in peripheren Regionen verbunden; die Strategien der Dekarbonisierung im Namen des Klimaschutzes führen trotz partieller Abkehr von fossilen Energieträgern und Rohstoffen aber nicht automatisch zu einer Entschärfung von Konflikten, die sich aus diesen extraktivistischen Beziehungen ergeben. Im Gegenteil geht zum Beispiel die Antriebswende in der Automobilindustrie mit einem wachsenden Bedarf an bestimmten Metallen einher; und die Umrüstung von Produktionsverfahren in der Stahl- oder der Chemieindustrie unter Verwendung von »grün« produziertem Wasserstoff oder Ammoniak verlangt große Flächen für die Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen zur CO₂-neutralen Herstellung dieser Grundstoffe. Kurz: Die Dekarbonisierungsstrategien in zentralen Industriezweigen führen eher zu einer Vervielfältigung solcher Konflikte um den Zugriff auf Land und Rohstoffe (Tittor 2023).

Die Verbindungslinien zwischen jenen, die als Arbeitende in die Transformationskonflikte hier und dort involviert sind, bleiben vergleichsweise abstrakt. So macht es für den konkreten Arbeitsprozess in einem deutschen Industriebetrieb keinen praktischen Unterschied, wo Energie, Roh- und Grundstoffe herkommen und unter welchen Bedingungen, zu wessen Lasten sie gefördert oder produziert worden sind. Weder hat Strom aus einer Solarzelle andere Eigenschaften als der aus einem Kohlekraftwerk, noch hat Wasserstoff aus windenergiebetriebener Elektrolyse andere Merkmale als der, der mittels Dampfreformierung gewonnen wurde. Seitens deutscher Gewerkschaften wird diese Dimension politisch aufgegriffen von Initiativen für die

Regulierung von Konzernverantwortung in internationalen Lieferketten. So unterstützen der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die IG Metall und ver.di die Initiative Lieferkettengesetz, die sich aktuell auf die Implementierung entsprechender Vorschriften auf europäischer Ebene einsetzt.¹ In industriepolitischen Forderungskatalogen zur Dekarbonisierung hat diese internationale Dimension allerdings marginalen Charakter.

Für die Entwicklung direkterer Formen internationaler Solidarität gibt es Anregungen in basisgewerkschaftlichen Initiativen, die sich der Initiierung grenzüberschreitender, weltumspannender (Kennen-)Lernprozesse verschrieben haben. So gelingt es zum Beispiel dem *exchains*-Netzwerk von *tie Deutschland (transnationals information exchange)*, Arbeiter*innen in der südostasiatischen Textilindustrie mit Verkäufer*innen im deutschen Einzelhandel zu verbinden und über Themen wie Gesundheitsbelastungen bei der Arbeit Gemeinsamkeiten und Widerstandspotenziale herauszuarbeiten – eine Vorgehensweise, die in zahlreichen Branchen Anwendung finden kann (express 2021). Es wäre allerdings eine besondere Herausforderung, solche Vorgehensweisen dahingehend weiterzuentwickeln, dass sie nicht nur diejenigen einschließen, die an verschiedenen Positionen innerhalb einer spezifischen Liefer- oder Wertschöpfungskette arbeiten, sondern auch diejenigen, die als Außenstehende von den Extraktions- und Fertigungsprozessen negativ betroffen sind.

3. Zuhause: Mehr Zeit für Sorgearbeit?

Eine zweite Dimension der Erweiterung des Arbeitsbegriffes in den ELS betrifft die Familien- beziehungsweise Reproduktionsarbeit. Wie die Subsistenzarbeiten ist sie nicht in industriellen Lohnarbeitsverhältnissen verortet. Ihre Verbindung zu Letzteren tritt aber im Alltag sehr viel deutlicher zutage. Theoretisch formuliert hat der industrielle Arbeitsprozess einen anderen, ebenfalls arbeitsvermittelten Aspekt des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur zur Voraussetzung: die »Produktion des Lebens« selbst. Damit ist die Verschränkung von Natur- und Geschlechterverhältnissen angesprochen: die Konstruktion von Sorgearbeit als Frauenarbeit und von Frauenarbeit als natürlich. Materialistisch-feministische Beiträge zu den ELS plädieren in diesem Zusammenhang für die Wiederaneignung ökofeministischer Positionen in nicht-essentialistischer Lesart. Die Verknüpfung von Frau und Natur, von Weiblichkeit und Natürlichkeit wird darin nicht affirmativ aufgenommen, sondern als eine soziale Konstruktionsleistung zur Rechtfertigung der unbe-

¹ Vgl. <https://lieferkettengesetz.de/>.

zahlten Aneignung von Frauenarbeit wie von natürlichen Ressourcen kritisiert – »Natur« verlangt keine Bezahlung. Beides ist für den Erhalt kapitalistischer Akkumulation ebenso notwendig wie die Ausbeutung der Lohnarbeit (Saave/Muraca 2021: 756ff.; vgl. Barca 2020: 27ff.).

Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen der sorgenden »Produktion des Lebens« und der herstellenden »Produktion der Lebensmittel« ist, so argumentiert Rätzel unter Bezugnahme auf Frigga Haugs Begriff von »Geschlechterverhältnissen als Produktionsverhältnissen«, ein wechselseitiges. Die eine Seite schafft die Voraussetzungen der jeweils anderen, auf die sie ihrerseits angewiesen ist. Unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung betrachtet, heißt das: Insofern mehrwertproduzierende industrielle Lohnarbeit nicht ohne Sorgetätigkeiten zur Reproduktion von Arbeitskraft denkbar ist, sind auch beide Formen von Arbeit in die Verwertungslogik eingebunden (Rätzel 2021: 809). Das nun ist nicht als ein Verhältnis der harmonischen Ergänzung misszuverstehen: Bekanntlich sind beide Formen von Arbeit entlang geschlechtlicher Zuweisungen hierarchisiert. Große Teile notwendiger Sorgearbeit werden unentgeltlich und in überproportionalem Umfang von Frauen geleistet. Wird sie als Erwerbsarbeit erbracht, dann auf einem Lohnniveau, das im Schnitt deutlich hinter dem beispielsweise von Facharbeit in der Industrie zurückbleibt.

Das Scharnier, über das die widersprüchliche Verschränkung von Sorgearbeit und herstellender Arbeit für betriebliche und gewerkschaftliche Transformationspolitik relevant wird, ist die Gestaltung der Arbeitszeit. Feministinnen vertreten schon seit Längerem, dass eine Verkürzung von Erwerbsarbeitszeiten zwar keine Garantie, aber zumindest gute Voraussetzungen für eine gerechte Verteilung und sachgerechte Organisation von Sorgetätigkeiten schaffen würde (z.B. Biesecker 2000: 11). Jüngere Beiträge bringen Arbeitszeitverkürzung häufiger auch mit ökologischen Verbesserungen in Verbindung. Wenn ein weiteres Wachstum industrieller Produktion sich aus ökologischen Gründen verbiete und die Arbeitenden zugleich mit dem Ausgleich zwischen den Anforderungen fremdbestimmter Erwerbsarbeit und ihren Sorge- und Betreuungsverpflichtungen überfordert seien, biete sich eine Reduktion von Erwerbsarbeitszeiten an, um ein sinkendes Erwerbsarbeitsvolumen gerecht zu verteilen und gleichzeitig Sorgetätigkeiten aufzuwerten. Sie wäre zentraler Bestandteil einer »revolutionären Realpolitik für Care und Klima« (Wincker 2021). Andere Plädoyers für Arbeitszeitverkürzung betonen, dass diese einen anderen Blick auf das Ende wirtschaftlicher Wachstumsorientierung eröffne: Eine Reduktion von Produktion und Konsum materieller Güter stelle sich nicht als Verzichtleistung, sondern als die Erlangung »wahren Wohlstands« (Schor 2016), als Zeitwohlstand dar. Bei näherem Hinsehen zeigt sich

allerdings, dass der Zusammenhang zwischen kürzeren Erwerbsarbeitszeiten und ökologischen Effekten, zwischen Arbeits- und Produktionsvolumen, zwischen Arbeitszeit und Ressourcenverbrauch keineswegs so eindeutig ist wie mitunter angenommen wird, entsprechende Hoffnungen also erheblich relativiert werden müssen (Liebig 2019: 217).²

Gerade in besonders weitreichenden Modellannahmen einer *Degrowth*-Perspektive wiegt noch schwerer, dass sie oft gänzlich von der Konfliktthafteigkeith der Arbeitszeitgestaltung absehen und »Arbeitszeit [...] eher als beliebig anpassbare Rechengröße [erscheint] denn als konfliktbehafteter Gegenstand, über deren Länge nicht zuletzt soziale und tarifpolitische Auseinandersetzungen entscheiden« (ebd.). Vor diesem Hintergrund ist es ein höchst bemerkenswerter Schritt, wenn die IG Metall ankündigt, die Ende 2023 beginnende Tarifrunde in der Stahlindustrie mit der Forderung nach flächendeckender Arbeitszeitverkürzung von 35 auf 32 Stunden pro Woche bei vollem Lohnausgleich (auch als 4-Tage-Woche bezeichnet) bestreiten zu wollen. Die Stahlindustrie mit ihren 89.000 Beschäftigten (Stand 2021) zeichnet sich durch einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und eine hohe Tarifbindung aus. Der Gewerkschaftsvorsitzende machte bei Bekanntgabe der Forderung aber deutlich, dass sie eine Vorreiterfunktion auch für spätere Tarifrunden in anderen Branchen einnehmen könnte.³

Nicht zuletzt in der ungleich größeren Metall- und Elektroindustrie (M+E) wirkte in der Arbeitszeitdebatte der letzten Jahre eine Hypothek aus der Umsetzung der 1984 erkämpften 35-Stunden-Woche als Hemmnis für weitere Arbeitszeitverkürzung. Ihr Preis war eine Flexibilisierung und weitere Verdichtung der Arbeit. Kürzere Arbeitszeiten gingen mit gesteigerter Arbeitsbelastung einher. Wenn die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung dadurch überzeugen soll, dass sie das Versprechen gesteigerter Lebensqualität im Sinne des oben zitierten »Zeitwohlstandes« einlöst, stehen Gewerkschaften vor der Herausforderung, sie mit dem Schutz vor intensiverer Bean-

2 »Der von der Ökologischen Ökonomik modellierte Mechanismus – mittels Verringerung des Arbeitsvolumens auf das Produktionsvolumen steuernd Einfluss zu nehmen und somit die Umweltbelastung zu reduzieren – stellt [...] nicht nur kein Ziel gewerkschaftlicher Arbeitszeitpolitik dar, seine Umsetzung ist im Rahmen praktischer Gewerkschaftspolitik auch gar nicht in dem modellierten Ausmaß möglich (abgesehen von einer Reaktion auf schwere Rezessionen; hier geht der Rückgang des Produktionsvolumens aber der Arbeitszeitverkürzung voraus und nicht etwa umgekehrt).« (Liebig 2019: 222)

3 Jörg Hofmann, Vorsitzender der IG Metall: »Die Stahlindustrie war schon oft Vorreiter für fortschrittliche tarifliche Regelungen – auch bei der Arbeitszeit. So streikten die Kolleginnen und Kollegen dort bereits 1978 für eine 35-Stunden-Woche. Insofern hat auch diese Forderung grundsätzlich Ausstrahlung über die Stahlbranche hinaus.« (Pressemitteilung der IG Metall, 5.4.2023)

sprachung der Arbeitskraft zu verbinden. Dazu wären neue tarifliche Regeln und/oder erweiterte betriebliche Mitbestimmungsmöglichkeiten nötig. Einen wichtigen Impuls dazu haben die Arbeitskämpfe für »Entlastungstarifverträge« gegeben, die die Gewerkschaft ver.di in mehreren Universitätskrankenhäusern geführt hat und führt. Gegenstand dieser Tarifverträge ist die Festschreibung verbindlicher Personalschlüssel, detailliert konkretisiert für verschiedene Abteilungen und Arbeitsbereiche einer Klinik. Damit wird gewerkschaftliche Mitsprache in einem Teil der Betriebsführung durchgesetzt, die zuvor alleiniges Hoheitsgebiet der Arbeitgeberseite waren. Diese Herangehensweise findet konzeptionell durchaus Widerhall auch in Diskussionen in der IG Metall. So schlagen Meine u.a. in ihrem Standardwerk *Handbuch Arbeit – Entgelt – Leistung* vor, die in der Metallindustrie vergleichsweise ausgereiften Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Leistungszulagen mit tariflichen Regeln zum Personaleinsatz zu verbinden, und zwar dergestalt, »dass ein festes monatliches Grundentgelt mit einer Leistungszulage gezahlt wird und, unabhängig vom Entgelt, im Tarifvertrag Regelungen zur Mitbestimmung über die Personalbemessung durchgesetzt werden.«⁴ Nicht, ohne anzufügen: »Dieser Ansatz ist konfliktgeladen, denn er wird auf den massiven Widerstand der Arbeitgeber treffen.« (Meine u.a. 2018: 324)

Dass eine progressive Arbeitszeitpolitik dennoch Rückhalt in den Belegschaften hat, wurde mit der Tarifierung des Optionsmodells in der M+E-Tarifrunde 2018 deutlich. Nicht zu Unrecht hat Klaus Dörre der IG Metall attestiert, sie habe damit einen weiten Arbeitsbegriff politisiert (Liebig 2019: 223). Das Optionsmodell ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen, sich gegen zusätzliche Lohnerhöhungen und für Arbeitszeitreduzierung zu entscheiden: Schichtarbeitende sowie Beschäftigte mit Kindern unter acht Jahren oder pflegebedürftigen Angehörigen können auf diesem Weg acht zusätzliche freie Tage in Anspruch nehmen – eine Möglichkeit, die großen Zuspruch fand. Inwiefern dieses Modell Auswirkung auf die Schonung ökologischer Ressourcen und auf eine gleichberechtigte Verteilung unbezahlter

4 Etwas detaillierter: »Umzusetzen wäre das über Tarifverträge, die die Festlegung eines zumutbaren Arbeitspensums und einer entsprechenden Brutto-Personalbemessung in Betriebsvereinbarungen regeln. Ersteres wäre »das quantitative Arbeitspensum, das von den Beschäftigten für die Dauer eines Arbeitslebens und bei Einhaltung der vereinbarten Arbeitszeit ohne Gesundheitsbeeinträchtigung erbracht werden kann« (Meine u.a. 2018: 327). Brutto-Personalbesetzung wäre die Zahl der dafür vorzusehenden Leute unter Berücksichtigung von Urlaub, Krankenstand und ggf. zusätzlicher freier Tage. Beides wäre mit Reklamationsrechten von Betriebsrat und Beschäftigten zu gestalten, soll heißen: Wenn das definierte und dokumentierte Arbeitspensum nicht mit dem eingesetzten Personal und innerhalb der tariflichen Arbeitszeit zu schaffen ist, können Beschäftigte eine Änderung von Pensum und/oder Personalbemessung verlangen.« (Schoppengerd 2021: 9)

Reproduktionsarbeit hat, ist allerdings schwer zu ermessen, weil es weitgehend von privaten Entscheidungen abhängt (ebd.).

Gleichwohl kann damit aber unterstrichen werden: Arbeitszeitkonflikte im industriellen Bereich haben in den letzten Jahren wieder an Dynamik gewonnen und stellen für Gewerkschaften trotz aller Tücken im Detail eine interessante Option dar, notwendige Transformationsprozesse progressiv zu wenden. Inwiefern die in den ELS betonte widersprüchliche Verbindung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit und ökologische Akzente in den entsprechenden Kampagnen Niederschlag finden, wird nicht zuletzt von den bündnispolitischen Konstellationen abhängen, die sich entlang der Arbeitszeitfrage bilden.

4. Zurück in die Fabrik: Subjektive arbeitsinhaltliche Ansprüche

Mehrere Beiträge zum *Handbook of Environmental Labour Studies* nehmen die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in ihre programmatischen Entwürfe auf und begründen sie damit, dass so Räume geöffnet werden für allseitiges Tätigsein der Arbeiter*innen – für die Beteiligung an nicht entlohnerten Sorgetätigkeiten, für ressourcenschonende Eigenarbeit, für politische Betätigung oder die Verfolgung kultureller Interessen beziehungsweise die persönliche Entwicklung (z.B. Brand/Wissen 2021: 714). Dies impliziert ein bestimmtes Verständnis der arbeitenden Subjekte und verweist auf eine Vorstellung von lohnarbeitenden Menschen, die eben nicht auf ihre Rolle als Lohnarbeiter*innen zu reduzieren sind, sondern deren Interessen, Wertvorstellungen und Bedürfnisse vielseitiger und komplexer sind. Ein solches Verständnis der arbeitenden Subjekte verlangt aber nicht nur eine Erweiterung der Perspektive auf andere Arbeits- und Tätigkeitsbereiche und auf die Frage, in welchem Verhältnis diese zur Arbeit im kapitalistischen Unternehmen stehen – es hat auch Konsequenzen für das Verständnis, wie die Einzelnen sich auf ihre Arbeit innerhalb des kapitalistischen Verwertungsprozesses beziehen. Das schließt potenziell auch den subjektiven Stellenwert der ökologischen Qualität von Arbeit ein. Dieser Aspekt des Arbeitsbegriffs der ELS sollte, so die These dieses Abschnitts, unter Rückgriff auf Konzepte und Befunde subjektorientierter Arbeits- und Industriesoziologie weiter geschärft werden – auch wenn diese ursprünglich nicht direkt dem Diskurs um Arbeit und Ökologie entstammen. Auf dieser Grundlage lassen sich wichtige Ansatzpunkte für die empirische und politische Weiterarbeit entwickeln.

Was ist mit subjektorientierter Arbeitssoziologie gemeint? Eckpunkte lassen sich anhand eines Textes von Ursula Knapp verdeutlichen. In *Industriearbeit und Instrumentalismus. Zur Geschichte eines Vor-Urteils* plädierte sie 1981

dafür, das arbeitende Subjekt im Spannungsfeld von Einpassung und Eigensinn in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses zu rücken. Diese Position grenzt sich ab vom »Instrumentalistentheorem«, demzufolge Arbeiter*innen einen rein instrumentellen Bezug auf ihre Lohnarbeit pflegten – sie diene dem notwendigen Gelderwerb; das Arbeitsverhältnis solle möglichst von Dauer und seine gesundheitlichen Folgen sollten möglichst gering sein. Einerseits machen es die gesellschaftlichen Verhältnisse und der ihnen innewohnende Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft unausweichlich, dass Arbeitende sich auf ihre Arbeit und ihre Arbeitskraft in dieser Weise als Mittel beziehen. Übersehen werde damit aber die Seite der »affektiven, d.h. auch positiven Besetzungen der Arbeit« in Form von Bedürfnissen nach Anerkennung, Selbstbestätigung und Selbstbewertung (Knapp 1981: 157). Die familiären und schulischen Sozialisationsprozesse, in denen sich diese Bedürfnisse entwickeln, konzipiert Knapp in der Tradition der Kritischen Theorie: Die ambivalente Gleichzeitigkeit von »Anhänglichkeit und Abhängigkeit« in der Familie, die Auseinandersetzungen mit Lehrer*innen-Autorität im Spannungsfeld von Autonomie- und Anerkennungsbedürfnissen bilden entscheidende Bedingungen für die Herausbildung von Subjekten, die ihre Arbeit nicht allein als strukturellen Zwang oder als schlichtes Mittel zum Zweck betrachten, sondern denen Arbeit zugleich Bedürfnis ist, weil sie eine spezifische Vergesellschaftungsfunktion erfüllt.

Das ist keine Romantisierung entfremdeter und körperlich belastender Arbeit. Knapp hat die tayloristisch verfasste Fabrik vor Augen, wenn sie feststellt, dass emotionale Regungen wie »Traumtätigkeit, Lust, Zärtlichkeit« vom Kapital nur als nicht-verwertbare Störfaktoren betrachtet würden, obwohl sie das Gelingen der arbeitsteiligen Zusammenarbeit oft überhaupt erst ermöglichten (ebd.: 161; vgl. Burawoy 1979: 161ff.). Unter Verwendung eines arbeitssoziologischen Schlüsselbegriffs lässt sich dies auch als ein spezifischer Aspekt des »Transformationsproblems« formulieren: Arbeitskraft wird im Kapitalismus als Ware gekauft; im Vergleich zu anderen Waren hat die Ware Arbeitskraft aber die Eigenart, dass ihr Gebrauch durch die Käuferin (die tatsächliche Verausgabung der Arbeitskraft im Sinne des Unternehmens) auf die Mitwirkung der Verkäuferin angewiesen bleibt. Lohnabhängige müssen dazu gebracht werden, die verkaufte Arbeitskraft auch tatsächlich zu verausgaben, und das ist notwendig ein sozialer Akt. Sie müssen in bestimmten sozialen Gefügen arbeiten, kommunizieren und kooperieren (vgl. Mayer-Ahuja 2021: 5f.).

Den darin enthaltenen Widerspruch greift Stefanie Hürtgen in ihrer Diskussion eines Begriffs von »Arbeit als sozial-ökologisch fürsorglicher Praxis« auf: »Arbeiter*innen reproduzieren in ihrer Lohnarbeitsverausgabung un-

hintergebar subjektiv, das heißt unauslöschar handelnd-reflexiv, den immer schon kooperativ-sozialen, aber als privat-konkurrenzziell zugerichteten kapitalistisch-patriarchalen Arbeitsprozess. Und sie reproduzieren ihn also in seiner eklatanten Widersprüchlichkeit, mit sich selbst als subalternisierten (Arbeits-)Akteuren darin.« (Hürtgen 2022: 103) Einem Lohnarbeitsverhältnis, das nicht auf seine verwertungslogische Seite zu reduzieren, sondern *immer schon kooperativ-sozial* ist, wohnt das Potenzial der Überschreitung der Verwertungslogik inne, die sich gegen die »strukturelle« Zurichtung als Objekt, das selbst nicht nach dem sozialen Inhalt seiner Vernutzung zu fragen hat«, richtet (ebd.: 104).

Dieser soziale Inhalt meint mehr als die sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz und schließt auch den gesellschaftlichen Nutzen und Sinngehalt der hergestellten Güter und Dienstleistungen ein. Er berührt die normativen Maßstäbe der Bewertung und Kritik von Arbeitsbedingungen, also die Frage, welche normativen Ansprüche Beschäftigte an ihre Arbeit stellen. Der Begriff des Anspruchs ist hier mit Hürtgen und Voswinkel (2016) von einfachen Wünschen zu unterscheiden, gewinnt er doch über den Bezug auf Gerechtigkeitsvorstellungen, also ein gesellschaftliches Normengefüge, besondere Verbindlichkeit. Ansprüche sind legitim und einklagbar (nicht unbedingt im juristischen, aber im moralischen Sinn). Sie gelten überindividuell und legen daher auch die gemeinsame, kollektive Behauptung ihrer Gültigkeit nahe. Anspruchsverletzungen können auch dann Anlass für Empörung sein, wenn sie eine*n nicht unmittelbar selbst betreffen. »Die normative Legitimation eigener Anliegen verankert diese Ansprüche [...] in generellen, das einzelne Subjekt übergreifenden sozialen Ordnungen und bezieht ihre Gültigkeit damit notwendigerweise auch auf andere. Ansprüche thematisieren, was allgemein gelten soll. [...] Damit verweist die Kategorie des Anspruchs auch auf die (potenzielle) Gestaltbarkeit von Gesellschaft, deren Veränderbarkeit in sozialen Auseinandersetzungen.« (Hürtgen/Voswinkel 2016: 506)

Ist der Begriff von Arbeit als sozial-ökologisch fürsorglicher Praxis in diesem Sinne als Anspruch zu begreifen, der Konfliktbereitschaft begründet? Aus der feministischen Care-Debatte erwachsend, liefert der Begriff gute Belege für die Konzeption von Arbeit als *sozial* fürsorglicher Praxis: Insbesondere in versorgenden Berufen zeigt sich deutlich ein nicht-instrumenteller Bezug der Arbeitenden auf ihre Arbeit, ein Leiden an den Effizienz- und Verwertungs Vorgaben, die gute Versorgung verunmöglichen, und eine Bereitschaft zur kämpferischen Politisierung der Bedingungen inhaltlich zufriedenstellender Arbeit (vgl. Rakowitz/Schoppengerd 2017).

Die Annahme, dass es analog zu diesem sozialen Aspekt auch einen solchen substanziellen Anspruch an Arbeit als ökologisch fürsorgliche Praxis

gibt, der auch in analoger Weise die Möglichkeit der Konfliktbereitschaft impliziert, ist allerdings empirisch deutlich blasser. Es gibt einige Befunde zum Umweltbewusstsein von Arbeiter*innen. Bereits 1989 lautete die zentrale Feststellung in einem Forschungsprojekt zum Umweltbewusstsein von Industriearbeitern, dass es so etwas wie ein »Sonderbewusstsein« der Arbeiter*innen in dieser Frage nicht gebe. Von einem spezifischen Arbeiter-Umweltbewusstsein, »das gegenüber dem neuen Menschheits-Thema in unaufhebbarer Distanz und Fremdheit verharrt«, könne keine Rede sein: »Daß die Menschheit dabei ist, durch den industriellen Stoffwechselprozeß in hohem Maße das Leben auf diesem Planeten zu gefährden, ist für [die übergroße Mehrheit der Facharbeiter] eine nicht mehr zu bezweifelnde Tatsache, die längst den Charakter der abstrakten Medien-Nachricht verloren hat und deren Symptome auch schon in der eigenen Umgebung »wahrgenommen« werden.« (Heine/Mautz 1989: 199) Vergleichbar kommt die jüngere Untersuchung von Boewe u.a. (2021: 3) zu dem Schluss, dass Belegschaften der Automobil- und Schienenfahrzeugindustrie mitnichten als »Bastion von Verfechter*innen einer vorökologischen Industriepolitik« zu sehen sind. Die Identifikation mit den Autounternehmen sinke, und die Befragten äußerten sich nicht selten kenntnisreich über die Perspektiven einer Mobilitätswende, die den Horizont der Umrüstung des Individualverkehrs auf Elektroantriebe überschreiten würde.

Politisch ist es vor diesem Hintergrund plausibel, dass eine linke Strategie, die die Gebrauchswertorientierung als Leitmotiv der sozial-ökologischen Transformation von Produktion, Reproduktion und sozialer Infrastruktur benennt, sinnvoll an vorhandene Orientierungen unter Lohnabhängigen anschließen müsste (Wissen 2020: 460). Soziologisch-empirisch ist es aber eine offene Frage. Sarah Nies, die die Gebrauchswertorientierung von Beschäftigten als Konflikt zwischen »Nützlichkeit und Nutzung von Arbeit« untersucht hat, hat wichtige Einschränkungen dieser Variante des subjektiven Bezugs auf den Inhalt der eigenen Arbeit ausgemacht. Grundsätzlich lässt sich eine solche Gebrauchswertorientierung in technischen wie in Dienstleistungsberufen feststellen. Beschäftigte artikulieren Ansprüche, »die sich auf die Wirkung ihrer Arbeit beziehen und auf ihren Vorstellungen darüber beruhen, was Sinn und Zweck ihrer Arbeitstätigkeit ist bzw. sein sollte.« (Nies 2015: 15) Diese müssen nicht deckungsgleich sein mit den an sie gestellten Erwartungen des Unternehmens. Im Gegenteil, das Verhältnis von Tauschwertorientierung des Kapitals und Gebrauchswertorientierung der Beschäftigten ist strukturell konfliktreich. Allerdings ist Letztere in ihrer Reichweite begrenzt. Sie bezieht sich nicht zwangsläufig auf die Sinnhaftigkeit von Produktionsprozess und -ergebnis in gesamtgesellschaftlicher

Perspektive, sondern bezeichnet vorrangig den Anspruch, den Erwartungen der unmittelbaren Nutzerin des eigenen Arbeitsproduktes bestmöglich gerecht zu werden. Dies können Kund*innen sein, aber auch Kolleg*innen, die im arbeitsteiligen Produktionsablauf auf die geleistete Vorarbeit angewiesen sind. Das bedeutet auch, dass die Gebrauchswertorientierung nicht gleichbedeutend ist mit der Bereitschaft zur Infragestellung des Arbeitsproduktes in seiner gesellschaftlichen Bedeutung. Die Beteiligung etwa an Auto- oder Rüstungsproduktion hat sich demnach mit Eintritt in den jeweiligen Betrieb entschieden. »Man hat gewissermaßen mit Arbeitsantritt die eigene Rolle im Gesamtgefüge gesellschaftlicher Arbeitsteilung und den ›Sinn oder Nicht-Sinn‹ der Arbeitstätigkeit als Rahmenbedingung akzeptiert, für eine Auseinandersetzung hierüber scheint der Betrieb nicht der richtige Ort zu sein.« (Nies 2015: 341f.)

Dies muss nun aber nicht das letzte Wort sein. In einer Situation, in der die ökologische Krise sich deutlich wahrnehmbar zuspitzt und – nicht zuletzt dank der Resonanz klimapolitischer Protestbewegungen – ihren festen Platz auf der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Tagesordnung hat, in einer Situation, in der nicht mehr das *Ob*, sondern vorrangig das *Wie* der Veränderung industrieller Strukturen zur Disposition steht, ist es sinnvoll, diesen Befund explizit in den Kontext der ökologischen Krise zu stellen und ihn neuerlich empirisch zu prüfen. Korrespondiert der gesellschafts- und wirtschaftspolitische Transformationsdiskurs mit einer Neukonfiguration nicht nur des Umweltbewusstseins, sondern der arbeitsinhaltlichen Ansprüche von Lohnabhängigen, die in die alltägliche Reproduktion der industriellen Strukturen eingespannt sind? Inwiefern sind solche Ansprüche mit Handlungs- und Konfliktbereitschaft unterlegt?

5. Fazit

Zentral für die Perspektive, die Räthzel u.a. in ihrem *Handbook of Environmental Labour Studies* entwickeln, ist eine konzeptionelle Weitung des Blicks (»Broadening Concepts«, Räthzel/Stevis/Uzzell 2021), die sich als dreifache Erweiterung des Arbeitsbegriffs ausbuchstabieren lässt. Sie ist nicht nur als Aufforderung zu interpretieren, das Spektrum an untersuchten sozial-ökologischen Dynamiken auf Ausbeutungsverhältnisse und Emanzipationsbestrebungen auszudehnen, die nicht lohnarbeitsförmig verfasst sind – sie rekontextualisiert auch die Transformationskonflikte im industriellen Bereich und eröffnet damit Ansatzpunkte für kritische Analyse und politische Intervention, die Lohnabhängige nicht als Objekte eines Modernisierungsprozesses, sondern als »prinzipiell gestaltungsfähige Träger ge-

sellschaftlicher Veränderungen« (Hürtgen 2022: 107) begreifen. Diese konzeptionelle Weitung kann nicht mehr leisten als eine Rekalibrierung des kritischen Sensoriums.

Wie anhand der Herausforderungen für eine Politisierung extraktivistischer Verhältnisse, für Strategien der Erwerbsarbeitszeitverkürzung und für eine gebrauchswertorientierte Transformation der Ökonomie gezeigt wurde, stoßen Versuche, die drei Dimensionen der Kritik praktisch zu wenden, auf komplexe Probleme. Für eine Linke, die die sozial-ökologische Bearbeitung der Umweltkrise dezidiert als klassenpolitische Herausforderung begreift, kommt es auf dieser praktischen Ebene darauf an, die Ansätze der Zusammenarbeit von Klima- und Arbeiter*innenbewegung (z.B. Lucht/Liebig 2023; Kaiser 2023) weiter zu pflegen und sie in konkreten Auseinandersetzungen auszubauen. Bei aller Vorsicht vor Blicken in die Glaskugel: Die angesprochene Stahltarifrunde mit ihrer Schwerpunktsetzung auf Arbeitszeitgestaltung könnte dafür ein nächster interessanter Ansatzpunkt sein. Eine gelingende Zusammenarbeit in solchen Kampagnen kann auch Räume öffnen für die kritische Diskussion grün-kapitalistischer Transformationsstrategien in ihrem größeren, internationalen Zusammenhang.

Literatur

- Barca, Stefania (2020): *Forces of Reproduction. Notes for a Counter-Hegemonic Anthropocene*. Cambridge/New York u.a. DOI: <https://doi.org/10.1017/9781108878371>.
- / Leonardi, Emanuele (2018): Working-class ecology and union politics: a conceptual topology. In: *Globalizations* 15(4): 487-503. DOI: <https://doi.org/10.1080/14747731.2018.1454672>.
- Boewe, Jörn / Krull, Stephan / Schulten, Johannes (2021): »E-Mobilität, ist das die Lösung?« Eine Befragung von Beschäftigten zum sozial-ökologischen Umbau der Autoindustrie. Berlin.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2021): Workers, Trade Unions, and the Imperial Mode of Living: Labour Environmentalism from the Perspective of Hegemony Theory. In: Rätz, Nora / Stevis, Dimitris / Uzzell, David (Hg.) (2021): *The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies*. Houndmills: 699-7120. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-030-71909-8_30.
- Burawoy, Michael (1979): *Manufacturing Consent. Changes in the Labour Process under Monopoly Capitalism*. Chicago/London.
- express (2021): Am konkreten Körper. Emanzipatorische Analysetechniken von Arbeitsbedingungen in der Anwendung. In: *express* 12: 1-2.
- Graf, Jakob (2022): Die Pluralität der Naturverhältnisse. Kapitalistische und nicht-kapitalistische (Re-)Produktionsweisen in der ökologischen Krise. In: *PROKLA* 207 52(2): 253-262. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i207.1988>.
- u.a. (2023): Editorial: Sozial-ökologische Transformationskonflikte und linke Strategien. *PROKLA* 210 53(1): 4-12. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i210.2031>.
- Heine, Hartwig / Mautz, Rüdiger (1989): *Industriearbeiter contra Umweltschutz?* Frankfurt/M./New York.
- Hürtgen, Stefanie (2020): Arbeit, Klasse und eigensinniges Alltagshandeln. Kritisches zur imperialen Lebensweise – Teil 1. In: *PROKLA* 198 50(1): 171-188. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i198.1832>.

- (2022): Gesellschaftliche Arbeit und soziale Demokratie. Der alltagspolitische Diskurs zu »Systemrelevanz« als Auseinandersetzung um eine sozialökologische Politik der Arbeit. In: PROKLA 206 52(1): 97-115. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i206.1981>.
- / Voswinkel, Stephan (2016): Ansprüche an Arbeit und Leben – Beschäftigte als soziale Akteure. In: WSI-Mitteilungen 69(7): 503-512. DOI: <https://doi.org/10.5771/0342-300X-2016-7-503>.
- Kaiser, Julia (2023): Rückkehr der Konversionsbewegung? Potenziale und Grenzen der Konversionsbestrebungen sozial-ökologischer Bündnisse rund um Autozuliefererwerke. In: PROKLA 210 53(1): 35-53. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i210.2031>.
- Knapp, Ursula (1981): Industriearbeit und Instrumentalismus. Zur Geschichte eines Vor-Urteils. Bonn.
- Kojola, Erik (2021): Whose Labour, Whose Land? Indigenous and Labour Conflicts and Alliances over Resource Extraction. In: Räthzel, Nora / Stevis, Dimitris / Uzzell, David (Hg.) (2021): The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies. Houndmills: 365-387. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-030-71909-8_16.
- Lehndorff, Steffen (2022): Auf dem Weg zur klimaneutralen Industrie. Was läuft, wo es hakt, worauf es jetzt ankommt. Ein Überblick über die Studien des Projekts »Sozial-ökologische Transformation der deutschen Industrie«. Rosa-Luxemburg-Stiftung. URL: <https://www.rosalux.de/>, Zugriff 30.9.2022.
- Liebig, Steffen (2019): Arbeitszeitverkürzung für eine nachhaltigere Wirtschaft? Über mögliche Berührungspunkte zwischen sozial-ökologischen Arbeitszeitkonzepten und gegenwärtiger Tarifpolitik. In: Dörre u.a. (Hg.): Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Wiesbaden: 211-228. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-25947-1_11.
- Lucht, Kim / Liebig, Steffen (2023): Sozial-ökologische Bündnisse als Antwort auf Transformationskonflikte? Die Kampagne von ver.di und Fridays for Future im ÖPNV. PROKLA 210 53(1): 15-33. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i210.2037>.
- Martinez-Alier, Juan (2014): The environmentalism of the poor. Geoforum 54: 239-241. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2013.04.019>.
- Mayer-Ahujia, Nicole (2021): Arbeitssoziologie – Wie weiter? In: Mayer-Ahujia, Nicole/Menz, Wolfgang: Arbeitssoziologie und Zeitdiagnose. IfS Working Paper Nr. 13. Frankfurt/M.: 5-17.
- (2022): »Transformation« als Sachzwang? Ein Plädoyer für Arbeitspolitik und Demokratisierung. In: WSI-Mitteilungen 75(2): 160-162.
- Meine, Hartmut / Rohnert, Richard/Schulte-Meine, Elke/Vetter, Stephan (Hg.) (2018): Handbuch Arbeit-Entgelt-Leistung. Entgelt-Rahmentarifverträge im Betrieb. 7. Auflage. Frankfurt/M.
- Nies, Sarah (2015): Nützlichkeit und Nutzung von Arbeit: Beschäftigte im Konflikt zwischen Unternehmenszielen und eigenen Ansprüchen. Baden-Baden. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845266176>.
- Rakowitz, Nadja / Schoppengerd, Stefan (2017): Ist Würde tarifierbar? Gewerkschaftliche Ansätze zur »Aufwertung« von Care-Arbeit in Kitas und Krankenhäusern. In: Widersprüche 145 37(3): 59-70.
- Räthzel, Nora (2021): Society–Labour–Nature: How to Think the Relationships? In: Räthzel, Nora / Stevis, Dimitris / Uzzell, David (Hg.) (2021): The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies. Houndmills: 793-814. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-030-71909-8_34.
- / Stevis, Dimitris / Uzzell, David (2021): Introduction: Expanding the Boundaries of Environmental Labour Studies. In: Räthzel, Nora / Stevis, Dimitris / Uzzell, David (Hg.) (2021): The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies. Houndmills: 1-31. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-030-71909-8_1.
- Saave, Anna / Muraca, Barbara (2021): Rethinking Labour/Work in a Degrowth Society. In: Räthzel, Nora / Stevis, Dimitris / Uzzell, David (Hg.) (2021): The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies. Houndmills: 743-768. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-030-71909-8_32.

- Satheesh, Silpa (2021): Fighting in the Name of Workers: Exploring the Dynamics of Labour-Environmental Conflicts in Kerala. In: Räthzel, Nora / Stevis, Dimitris / Uzzell, David (Hg.) (2021): The Palgrave Handbook of Environmental Labour Studies. Houndmills: 199-224. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-030-71909-8_9.
- Schoppengerd, Stefan (2021): Gleiche Arbeit in weniger Zeit? Wer Arbeitszeit verkürzen will, muss auch den Leistungsdruck begrenzen. In: express 9: 8-9.
- Tittor, Anne (2023): Postfossiler Extraktivismus? Die Vervielfältigung sozial-ökologischer Konflikte im Globalen Süden durch Dekarbonisierung. In: PROKLA 210 53(1): 77-98. <https://doi.org/10.32387/prokla.v53i210.2040>.
- Wissen, Markus (2020): Klimakrise und Klassenkampf. Zum Verhältnis von ökologischen und sozialen Konflikten. In: PROKLA 200 50(3): 441-461. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v50i200.1900>.

express

ZEITUNG FÜR
SOZIALISTISCHE BETRIEBS- &
GEWERKSCHAFTSARBEIT



Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
www.express-afp.info
express-afp@online.de
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 3-4/23 u.a.:

- Thilo Hartmann: »Dürfen Beamt:innen streiken?« – Bericht von Anhörung vor der Großen Kammer des EGMR
- Freddy Adjan / Johannes Specht: »Eine Branche für sich«. Hohe Lohnsteigerungen tarifpolitisches Ziel der NGG
- »Ende des industriellen Tiefdrucks absehbar« – ein Gespräch mit Martin Dieckmann
- Hermann Büren: »Verantwortung ohne Macht« – Wie Beschäftigte zu Verantwortungsträgern gemacht werden
- Torsten Bewernitz: »Kritik der politischen Ökologie« – jenseits von Green New Deal und Ökosozialismus?
- Ingeborg Wick: »Mein Boss, der Algorithmus« – Internationales Treffen zu Arbeitskämpfen und Organizing in GIG-Ökonomie

Probieren? Kostenfreies
Exemplar per mail oder Telefon bestellen